

Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer  
Bundesministerin

Herrn  
Dr. Walter Rosenkranz  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.193.360

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5048/J-NR/2026

Wien, am 09. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Lausch, Kolleginnen und Kollegen haben am 2. März 2026 unter der Nr. **5048/J-NR/2026** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Große Sicherheitslücke“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zur Frage 1:**

- *Seit wann ist Ihnen oder der Leitung der Generaldirektion dieser Vorfall bekannt, bei dem mehrere Personen über ein Baugerüst auf das Dach des Gerichtsgebäudes neben der Justizanstalt Wien-Josefstadt gelangten?*

Der Vorfall wurde am 6. Februar 2026 über eine Meldung der Justizanstalt Wien-Josefstadt an die Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen bekannt.

**Zu den Fragen 2 bis 4:**

- *2. Gelangten diese unbefugten Personen auch auf das Gelände des Gerichtsgebäudes?*
- *3. Gelangten diese unbefugten Personen auch auf das Gelände der Justizanstalt?*
- *4. Gelangten diese unbefugten Personen auch auf das Dach der Justizanstalt?*

Nein. Der Meldung war zu entnehmen, dass sich mehrere Personen ausschließlich auf dem Dach des Landesgerichtes für Strafsachen Wien aufgehalten haben.

**Zu den Fragen 5 und 6:**

- *5. Wann wurden die zuständigen Stellen erstmals offiziell über entsprechende Vorfälle bzw. kursierende Videos auf TikTok informiert?*
- *6. Wie viele derartige Vorfälle haben sich seit Beginn der Sanierungsarbeiten im Jahr 2023 ereignet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren bis dato)*

Die zuständigen Stellen wurden erstmals am 29. November 2025 über einen sicherheitsrelevanten Vorfall informiert. Insgesamt sind bislang sechs Vorfälle bekannt und zwar ein weiterer Vorfall im Jahr 2025 und insgesamt vier Vorfälle Anfang Februar 2026. Seit Mitte Februar 2026, als die Sicherheitsvorkehrungen abermals verschärft wurden, gab es keine weiteren Vorfälle.

**Zur Frage 7:**

- *Wurden im Zuge der Sanierungsarbeiten sicherheitstechnische Risikoanalysen durchgeführt?*
  - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - b. Wenn nein, warum nicht?*

Die Sanierungsarbeiten in der Justizanstalt Wien-Josefstadt sowie die zeitgleich stattfindenden Sanierungsarbeiten am Landesgericht für Strafsachen Wien wurden koordiniert und einer Risikoanalyse unterzogen.

**Zur Frage 8:**

- *Warum war das Baugerüst offenbar nicht ausreichend gegen unbefugtes Betreten gesichert?*

Trotz bewährter und hinreichende Absicherungsmaßnahmen gelang es einzelnen Personen, unter erheblichem Aufwand auf das Dach des Landesgerichtes zu steigen, weshalb das ansonsten übliche Sicherheitsausmaß erhöht werden musste. Die Sicherheitsvorkehrungen werden weiterhin evaluiert und erforderlichenfalls angepasst.

**Zu den Fragen 9, 10, 22 und 26:**

- *9. Welche konkreten baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen wurden nach Bekanntwerden des Vorfalls gesetzt?*
- *10. Zu welchem Zeitpunkt wurden diese Maßnahmen umgesetzt?*

- *22. Wurden organisatorische Konsequenzen innerhalb der Justizanstalt oder der zuständigen Bauaufsicht geprüft?*
- *26. Welche Maßnahmen werden künftig ergriffen, um vergleichbare Sicherheitslücken bei laufenden Bauarbeiten in Justizanstalten zu verhindern?*

Erste Maßnahmen wurden bereits am 04.12.2025 umgesetzt. Bis zum 10.12.2025 wurden folgende verstärkende Maßnahmen umgesetzt:

- Errichtung von OSB – Beplankungen an den Enden des Gerüsts.
- Beplankung der „Brüstung“ des Passagengerüsts an der Außenseite.
- Montage eines Nato-Drahts entlang des Passagengerüsts an der Alserstraße.
- Verschluss des Spalts zwischen Passagengerüst und Fassade mittels Beplankungen.
- Erhöhung der bereits vorhandenen Kraneinhausung.
- Sicherung der Kraneinhausung an der Oberkante ebenfalls mit Nato-Draht.

Bis zum 16.2.2026 wurden folgende weitere Maßnahmen umgesetzt:

- Verdichtung des Nato-Drahts im Bereich der Endflächen des Fassadengerüsts.
- Ergänzung einer Beleuchtung.
- Verlegung eines Nato-Drahts auch im Bereich des Teils des Passagengerüsts, auf dem sich in der Bauphase 2 noch kein Fassadengerüst befindet (Ecke Alserstraße / Landesgerichtsstraße sowie entlang der Landesgerichtsstraße).

Die Umsetzung der technischen Maßnahmen wurde noch am Freitag, den 13.2.2026 gestartet, am Wochenende des 14.2.2026 weitergeführt und Anfang Kalenderwoche 8 abgeschlossen.

Die Frage nach organisatorischen bzw. weiteren Maßnahmen kann aus Sicherheitsgründen nicht beantwortet werden.

**Zur Frage 11:**

- *Gab es Hinweise darauf, dass Gegenstände in die Justizanstalt eingebracht oder zu Insassen hinabgelassen wurden?*
  - a. Wenn ja, welche Gegenstände?*

Nein.

**Zur Frage 12:**

- *Bestand bei diesem Vorfall eine Gefährdung von Öffentlichkeit, Bediensteten oder Insassen?*

Bei den gemeldeten Vorfällen bestand zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Öffentlichkeit, die Bediensteten oder die Insassen bzw. Insassinnen.

**Zur Frage 13:**

- *Welche Rolle spielte die Spezialeinheit WEGA beim Einschreiten?*

Die polizeiliche Spezialeinheit „WEGA“ unterstützte beim Absichern bzw. Umstellen des Baugerüsts.

**Zur Frage 14:**

- *Wann erfolgte der Einsatz der Spezialeinheit WEGA?*

Laut Meldung der Justizanstalt Wien-Josefstadt traf die Spezialeinheit „WEGA“ am 9. Februar 2026 um 22:40 Uhr am Einsatzort ein.

**Zu den Fragen 15 und 16:**

- *15. Gab es Festnahmen?*
  - a. *Wenn ja, wie viele?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *16. Wurden Anzeigen erstattet?*
  - a. *Wenn ja, welche Delikte wurden angezeigt?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Durch Organe der Sicherheitsexekutive wurden Personen angehalten sowie deren Identität festgestellt. Zu polizeilichen Ermittlungsverfahren können keine Angaben gemacht werden. Seitens der JA Wien-Josefstadt wurden Anzeigen gemäß § 180a StVG erstattet.

**Zu den Fragen 17 und 20:**

- *17. Welche Strafen sind da zu erwarten: Verwaltungsstrafen oder nach dem Strafgesetzbuch?*
- *20. Wurden diese unbefugten Personen nach der Festnahme in die Justizanstalt eingeliefert?*
  - a. *Wenn ja, wie viele?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Da es sich bei Übertretungen gemäß § 180a StVG um Verwaltungsübertretungen handelt, erfolgte keine Einlieferung in eine Justizanstalt. Darüber hinausgehend ist die rechtliche Beurteilung kein Gegenstand der parlamentarischen Interpellation.

**Zu den Fragen 18, 19 und 21:**

- *18. Wie viele dieser unbefugten Personen wurden aufgegriffen und polizeilich erfasst?*
- *19. Welche Nationalitäten haben diese unbefugten Personen?*
- *21. Wie viele dieser unbefugten Personen konnten flüchten?*

Die polizeiliche Erfassung der betroffenen Personen obliegt der Sicherheitsexekutive. Darüber hinausgehende Informationen liegen dem Bundesministerium für Justiz nicht vor.

**Zur Frage 23:**

- *Welche Kosten sind dem Bund durch den Einsatz sowie durch nachträgliche Sicherheitsmaßnahmen entstanden?*

Durch die zu Frage 10 beschriebenen nachträglichen Sicherheitsmaßnahmen im Bereich des Baugerüsts sind rund 20.000 Euro an Kosten entstanden.

**Zur Frage 24:**

- *Müssen diese Personen die Kosten des Einsatzes bezahlen?*
  - a. Wenn nein, warum nicht?*

Ob eine Kostenübernahme des Polizeieinsatzes durch die angehaltenen Personen vorgesehen ist, ist dem Bundesministerium für Justiz nicht bekannt. Eine Kostenverrechnung für den Einsatz von Justizorganen ist mangels entstandener Mehrkosten nicht vorgesehen.

**Zur Frage 25:**

- *Wurde geprüft, ob durch Videoaufnahmen aus dem Dachbereich sensible Sicherheitsinfrastruktur dokumentiert und veröffentlicht wurde?*
  - a. Wenn ja, welche?*
  - b. Wenn nein, warum nicht?*

Die übermittelten Videoaufnahmen wurden gesichtet und geprüft; sicherheitsrelevante Infrastruktur war darauf nicht erkennbar.

**Zur Frage 27:**

- *Besteht aktuell eine Gefährdung der Sicherheit der größten Justizanstalt Österreichs?*

Derzeit besteht auf Grundlage der laufenden und umfassenden Evaluierung sowohl der organisatorischen als auch der baulich-technischen Sicherheitsmaßnahmen keine Gefährdung der Sicherheit der größten Justizanstalt Österreichs.

**Zur Frage 28:**

- *Gab es solche Vorfälle in anderen Justizanstalten?*
  - a. Wenn ja, in welchen Justizanstalten?*

Vergleichbare Vorfälle in anderen Justizanstalten sind nicht bekannt.

Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer

